

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 54. Ratssitzung vom 26. Juni 2019

1430. 2019/118 Weisung vom 27.03.2019: Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2018

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2018 (Beilage, Version vom 21. März 2019) wird genehmigt.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 27.03.2019
- Geschäftsbericht 2018
- Bericht und Antrag der GPK vom 17.06.2019

Referentin zur Vorstellung des Berichts / Kommissionmehrheit:

Christine Seidler (SP): *Die GPK hat den Geschäftsbericht behandelt. Zahlreiche Fragen wurden rechtzeitig und sehr speditiv behandelt. Als Aufsichtsorgan des Gemeinderats haben wir die Oberaufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat. Wir sind dafür bemüht, dass ein reibungsloser Ablauf besteht und dass wir auf Anliegen, die nicht reibungslos laufen, ein Augenmerk legen und mit unserer Arbeit konstruktiv zur Verbesserung beitragen. Bedauerlicherweise wird das jeweils falsch verstanden. Es wird angenommen, wir würden jemanden in die Pfanne hauen wollen oder seien der Verwaltung nicht gut gesinnt. Uns geht es aber stets darum, in einer konstruktiven Zusammenarbeit Missstände aufzeigen zu können und Ansätze zur Verbesserung zusammen mit der Verwaltung diskutieren zu können. Meistens kommen klärende und zielführende Verbesserungen heraus. Der Geschäftsbericht soll nicht nur ein Schönwetterbericht sein. Das haben wir der Stadtschreiberin im vergangenen Jahr mitgeteilt. Diese Kritik wurde aufgenommen. Wir bitten nach wie vor darum, dass im Geschäftsbericht über alle Departemente hinweg auch kritische Würdigungen einfließen. Man soll erkennen, wo Schwierigkeiten liegen. Die Stadt steht vor grossen Herausforderungen. Dem soll Rechnung getragen werden. Dieses Jahr lag der Schwerpunkt auf der Smart-City-Strategie. Alle sprechen von der digitalen Transformation. Es ist eine Entwicklung, die man nicht aufhalten kann. Auch die Stadt Zürich wird sich damit auseinandersetzen müssen. Wir haben hier aber ein Anliegen: Digitale Transformation heisst noch lange nicht, dass alle Menschen digital unterwegs sind. In der Stadt gibt es nun das Tool «Mein Konto». Das ist gut für Personen, die digital unterwegs sind. Es gibt aber auch die sogenannten Nicht-Digital-Natives, die möglicherweise keinen Zugang zum Internet haben, überfor-*

dert sind oder Dokumente nur in analoger Form benötigen. Wir wollen auch diesen Menschen Rechnung tragen und sie abholen. Im Austausch mit der Ombudsfrau haben wir auch gehört, dass dies erkannt wurde und eine entsprechende Anlaufstelle eingerichtet wurde im Verwaltungszentrum Werd. Damit ist es aber noch nicht getan. Deshalb haben wir diesen Punkt als Pendezenz aufgenommen. Was wir uns ebenfalls wünschen: Eine informativere Abbildung von Kennzahlen mit einer einheitlichen und nachvollziehbaren Aufschlüsselung. Vermisst haben wir zum Beispiel, dass bei den Kaderstellen die Kennzahlen der Gliederung in Mann und Frau nach Vollzeitäquivalenten aufgeteilt sind. Bei den Mitarbeitenden werden sie ausgewiesen, bei den Kaderstellen nicht. Das ist schade. Bei manchen Aufschlüsselungen wird zudem nicht klar, warum die Tabelle enthalten ist oder nicht. Wir wünschen uns Kennzahlen, die uns beim Geschäftsbericht eine grössere Nachvollziehbarkeit generieren. Ebenso wünschen wir uns, dass eine konstruktive und selbstkritische Reflexion stattfindet. Wenn wir kritische Fragen stellen, die durchaus auch andere Aufsichtskommissionen stellen, und man antwortet, es sei alles in bester Ordnung, ist das nicht zweckdienlich. Wenn Schwierigkeiten bestehen oder die Abläufe nicht reibungslos sind, sollen Verbesserungen erzielt werden können. Eine offene, konstruktive Zusammenarbeit mit der GPK könnte hier verbessert werden. Viele unserer Wünsche von letztem Jahr flossen aber bereits ein. So gab es etwa ein Merkblatt für Whistleblower. Unsere Rückmeldungen diesbezüglich wurden aufgenommen und das Merkblatt wurde entsprechend überarbeitet. Ich bedanke mich für die gute und wertschätzende Zusammenarbeit und die speditive Beantwortung der Fragen. Es kommen viele Aufgaben auf die Stadt zu. Die Stadt wächst. Das ist auch mit einem gewissen Verwaltungsaufwand verbunden. Es wird komplexer. Der demographische Wandel ist auch bei uns ein Thema. Die digitale Transformation wird die Stadt und die Verwaltung beeinflussen. In diesem Sinn ist eine reibungslose analoge und digitale Zusammenarbeit zielführend. Ich beantrage, dass der Geschäftsbericht positiv zur Kenntnis genommen wird.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist sehr interessant, dass auch in der Mehrheit der GPK durchaus kritische Töne zu hören sind. Es zeigt, dass die GPK ihre Arbeit ernst nimmt. Wir müssen den Bericht aber nicht nur verbal beurteilen. Hinter dem Bericht steht die Arbeit des Stadtrats. Man muss diese Arbeit als Ganzes würdigen. Was zwischen den Zeilen steht oder nicht im Bericht enthalten ist, ist ebenfalls interessant. Es ist schwierig, eine Beobachtung über die einzelnen Departemente zu machen. Bei einem Legislaturwechsel werden die Departemente von verschiedenen Vorstehern geführt. Man müsste die Beobachtungen nicht nur über das Jahr 2018 machen, sondern auch ins neue Jahr hineinziehen. Die Minderheit lehnt den Bericht ab. Wir nehmen eine kritische Haltung gegenüber der Arbeit des Stadtrats ein. Wenn man die Rechnung ablehnt, ist es logisch, dass man auch den Bericht ablehnt. Es ist immer wieder bedauerlich, wie wenig Aufmerksamkeit dem Bericht im Rat geschenkt wird und manchmal auch von der Presse. Die GPK setzt sich intensiv mit der Arbeit des Stadtrats auseinander. Ich werde versuchen, summarisch einige Schwerpunkte herauszugreifen, die sich quer durch den

ganzen Bericht und die Arbeit des Stadtrats ziehen. Ein Thema, das verschiedene Departemente betrifft, ist Tempo 30. Diese Massnahme soll dazu führen, dass der Lärm für die Bewohner sinkt. Es ist klar, dass das in Wohnquartieren umgesetzt werden muss. Dort macht es Sinn. Nicht nur wegen der Menschen, sondern auch wegen der Tiere. Tempo 30 wird aber auch dort verfügt, wo es keinen Sinn macht, so etwa neben dem Departement der Industriellen Betriebe am Beatenplatz. Dort hat es nur Amtshäuser, keine Wohnungen. Oder zwischen Unispital und ETH, wo es höchstens Büros hat. Das zeigt, wie absurd ein solches Tempodiktat sein kann. Ein weiteres Thema ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Sie zieht sich quer durch den gesamten Bericht. Es ist klar, dass es einen Zusammenhang mit der Klimadebatte gibt. Wir werden diese nach den Sommerferien aufgreifen, deshalb streife ich das Thema nur kurz. Man nimmt darauf Bezug, dass die Bevölkerung grossmehrheitlich der 2000-Watt-Gesellschaft zugestimmt hat. Man sollte aber die Frage stellen, ob alle, die Ja gestimmt haben, auch tatsächlich wussten, worum es im Kern geht. Diese Frage blieb damals offen. Der Bericht der Stadtkanzlei ist aus unserer Sicht sehr gut und enthält auch eine gewisse Selbstkritik. Es wird darauf hingewiesen, dass die Einbürgerungen 2018 stark zugenommen haben, nicht zuletzt auch wegen dem Brief der Stadtpräsidentin, die zur Gesuchsstellung ermuntert hatte. Es wird selbstkritisch angemerkt, dass man im Brief konkreter hätte beschreiben müssen, welches die zu erfüllenden Bedingungen sind. Dann hätte man weniger Gesuche zurückziehen müssen. Diesen Teilbereich des Geschäftsberichts hätte man problemlos annehmen können. Bei einigen Departementen war das aber anders. Die 2000-Watt- und Klimadebatte zieht sich über verschiedene Departemente durch den gesamten Bericht. Es ist noch nicht klar, wie man denkt. Man muss sich fragen, ob echte Besorgnis oder aber Ideologie dahintersteckt. Wir hatten die Schülerstreiks und -demos. Die Forderungen, die nun gestellt werden, sind sehr egozentrisch. In Deutschland hat die Linke sehr stark auf die Klimadebatte Bezug genommen. Sie hat klar gesagt, dass die Mobilität eingeschränkt werden müsse. Das ist DDR-Ideologie. Wenn das in die Klimadebatte und CO₂-Debatte und 2000-Watt-Gesellschaft eingeht, ist das bedenklich. Es ist einschränkend und zurücksetzend. Der Stadtrat scheint dies zu unterstützen. Es wird immer wieder auf die Wissenschaftlichkeit verwiesen. Es wäre aber hier zu prüfen, ob man, wenn man eine Korrelation sieht, nicht zu viel behauptet, wenn man es auch als kausal bezeichnet. Wenn Wissenschaftler zitiert werden, sollte dies ebenfalls selbstkritisch geschehen. Wenn man zum Beispiel in einer Kommission hört, dass ein Flug nach New York pro Passagier 2,5 Tonnen CO₂ verursacht, staunt man nicht schlecht. Das bedeutet bei 200 Personen 500 Tonnen CO₂. Das ist mehr als doppelt so viel wie das Gewicht des gesamten vollbeladenen Flugzeugs. Manchmal wird Unsinn gepredigt. Gefährlich ist, wenn solcher Unsinn dann noch nachgebetet wird. Dann kommt es zu Verzerrungen. Wenn der Stadtrat dem Vorschub leistet, ist es eine schlechte Arbeit.

Weitere Wortmeldungen:

Maleica Landolt (GLP): Aus dem Votum von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) können wir erkennen, dass die Hauptprobleme bei den Themen rund um den Umweltschutzbe-

reich liegen. Als Referentin des Sicherheitsdepartements habe ich ein Kapitel herausgesucht, das mir besonders gut gefallen hat. Es ist nicht selbstverständlich, dass es in diesem Umfang und so prominent Platz findet im Sicherheitsdepartement, das immer noch sehr männerdominiert geführt wird. Es arbeiten sehr viele Männer in Bereichen wie Verkehr, Schutz und Rettung, Polizei. Die Frauen sind hier untervertreten. Es geht um die Gleichstellung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Gleichstellungsplan als Jahresschwerpunkt wurde im Bericht sehr ausführlich und auch kritisch aufgeführt. Problemfelder werden klar aufgezeigt. Auch im Strategieplan 2019 der Polizei ist der Gleichstellungsplan prominent aufgeführt. Anzustrebende Massnahmen werden vorgestellt. Es ist nicht nur nötig, dass man das Bewusstsein in männerdominierten Berufen weckt, dass auch Frauen gerne dort arbeiten würden, dass es Gleichstellung gibt und man Massnahmen einleiten muss. Es reicht nicht, nur das Bewusstsein bei den Herren zu wecken. Man muss auch Rahmenbedingungen, Massnahmen und Arbeitsbedingungen so legen, dass sich Frauen dafür entscheiden können, in diesen Bereichen zu arbeiten. Einer dieser Punkte ist die Teilzeitarbeit. Hier wird erwähnt, dass man Teilzeitarbeit wenn möglich gerne für alle auf allen Hierarchiestufen anbieten möchte, auch im Schichtbetrieb. Dazu hat das Polizeidepartement eine Umfrage bei den Mitarbeitern durchgeführt. Die Resultate und Auswertungen werden noch eintreffen. Aufgrund der Auswertungen werden danach Massnahmen vorgeschlagen. Selbstverständlich kann man diese wenn möglich auch in Schutz und Rettung überführen. Es ist wichtig, dass man darauf achten möchte, dass Frauen nach einer Babypause wieder zurückkommen, auch mit der Möglichkeit eines reduzierten Pensums oder anderen flankierenden Massnahmen, vielleicht einer Kinderbetreuung. Wir sind gespannt auf die Resultate der Umfrage und werden uns weiterhin mit dem Thema befassen. Ich danke dem Departement für das sehr differenzierte, ausführliche, informative Referatsgespräch.

Natalie Eberle (AL): Der Geschäftsbericht kommt sehr umfangreich daher. Man sieht, wie die Stadt arbeitet. Er zeigt aber auch auf, was noch getan werden muss. Zum Thema Gleichstellung gibt es einige Zahlen. Es wäre interessant, diese noch globaler zu betrachten. Es ist nach wie vor so, dass durchschnittlich 70 % der Kaderstellen von Männern besetzt sind. Vor allem aber sind 100 %-Stellen hauptsächlich von Männern besetzt. Hier gibt es noch viel zu tun. Ob man das dann mit einem Elternurlaub lösen könnte, weiss ich nicht. Es braucht möglicherweise noch ein paar politische Vorstösse in diese Richtung. Es gibt aber sehr wohl Departemente, in denen die Verhältnisse anders sind. Das Präsidialdepartement etwa hat diesbezüglich eine Vorreiterrolle. Dort sind mittlerweile über 50 % der Kaderstellen mit Frauen besetzt. Das ist ein kleiner Anstoss für die anderen Departemente, genauer hinzuschauen. Natürlich ist es in anderen Departementen nicht immer vergleichbar einfach. Im Sicherheitsdepartement wurde ein spezielles Augenmerk daraufgelegt. Man hat geprüft, was man tun kann, um im Bereich Polizei für mehr Gleichstellung zu sorgen. Das hat mich sehr gefreut. Interessant ist aber auch, was fehlt. Leider war an keinem Ort in diesem Bericht über den Kulturwechsel zu lesen, der bei der Ausrichtung des Zürcher Filmpreises stattgefunden hat. Es wird ein grosser Paradigmenwechsel eingeläutet. Es wäre schön gewesen, hierzu einige Zeilen dazu zu lesen. Des Weiteren ging man im Bericht 2017 auf die Gleichstellung von

Menschen mit Behinderungen ein. Leider war diesmal nichts zu diesem Bereich zu lesen. Christine Seidler (SP) sagte es bereits: Es ist immer erfreulich, wenn im Geschäftsbericht auch zu lesen ist, dass man selbstkritisch ein Departement betrachtet und sieht, wo noch Verbesserungsansätze vorhanden wären. Der Bericht dürfte noch etwas kritischer und globaler verfasst sein.

Urs Helfenstein (SP): *Es freut mich, dass wir den Jahresbericht im ersten Halbjahr behandeln und nicht erst im Herbst. Ich bemängelte das einst. Ich bin froh, dass sich diese Abläufe geändert haben. Ich habe im Bericht auf Stichwörter wie «digital», «Digitalisierung», «smart», «Kultur», «Strategie», «Klima» geachtet und geprüft, in welchem Departement diese Wörter wie oft vorkommen. Ich begann mit «digital» und «Digitalisierung». Die Begriffe kamen am meisten im Präsidialdepartement vor. Das Thema ist auch dort angesiedelt. Am zweitmeisten traten die Begriffe im Schul- und Sportdepartement auf. «Smart» kam ebenfalls im Präsidialdepartement am meisten vor, danach im Departement der Industriellen Betriebe. Dort wird offenbar sehr viel Wert auf smarte Technologien gesetzt. «Kultur» kam ebenfalls am meisten im Präsidialdepartement vor, am zweitmeisten im Sozialdepartement. Es kommen verschiedene Arten von Kulturen vor: Teilzeitkultur, Betriebskultur, Gleichstellungskultur, Diskussionskultur, Kulturwandel, Führungskultur, Schulkultur und so weiter. Ein Satz dazu: Kultur darf keine Ausrede sein, wenn klar festgesetzte Regeln nicht eingehalten oder umgesetzt werden. Das Thema «Submission» war für die GPK in den vergangenen Jahren ein sehr wichtiges Thema. Es wurde aber nur im Finanzdepartement und im Hochbaudepartement erwähnt. Man merkt zudem, dass der Bericht vor den Klimademos geschrieben wurde. Die Begriffe «Klima», «Erwärmung» und dergleichen kommen kaum vor. Anders als Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) sagte, ist der Bericht somit nicht durchtränkt mit dem Thema der 2000-Watt-Gesellschaft. Auch die PUK wird nicht erwähnt. Ich las mehrere Jahresberichte von Firmen, die etwa gleich viele Mitarbeitende haben wie die Stadt Zürich. Es laufen zahlreiche Untersuchungen gegen diese Firmen. Die Untersuchungen werden in diversen mehrseitigen Kapiteln erwähnt. Im Bericht der Stadt hingegen kommt einzig der Satz vor «der Rechtskonsulent befasste sich mit kürzeren und längeren Stellungnahmen zu verschiedenen Fragen, so zum Beispiel zur Anfrage des Leiters der Administrativuntersuchung ERZ». Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement kommt der Satz vor «einen besonderen Schwerpunkt stellte im Berichtsjahr die Untersuchung von ERZ dar». Das ist alles. Man erfährt nicht, dass eine umfangreichere Untersuchung gegen die Stadt beziehungsweise eine Direktion läuft. Das ist ein grösserer Mangel.*

Simon Kälin-Werth (Grüne): *Zum Votum von Urs Helfenstein (SP): Der Ansatz ist gut. Es stellt sich aber die Frage, inwiefern man aus einer Anzahl Häufigkeit von Wortnennungen tatsächlich auf inhaltliche Relevanz schliessen kann. Vielleicht müsste man noch einen semantischen Standpunkt einbauen. Die GPK hat sich mit dem Geschäftsbericht akribisch befasst. Ein wesentlicher Bestandteil der Beratung des Geschäftsberichts war die mündliche Besprechung mit der Vorsteherin, dem Vorsteher der entsprechenden Departemente. Wir haben auch dieses Jahr zahlreiche Fragen gestellt und konnten im Austausch mit der Verwaltung zahlreiche Details klären. Die Digitalisierung und digitale Transformation sind wichtige Bereiche in der Stadt. Das geht eindeutig aus*

dem Geschäftsbericht hervor. Im Zusammenhang mit den Kennzahlen hätte man sich gewünscht, dass möglichst einheitliche Kennzahlen aufgeführt werden. Personalkennzahlen wurden in allen Departementen festgehalten. Wir haben im Kanton Zürich den Klimanotstand. Hier könnte man den Ressourcenverbrauch mit entsprechenden Kennzahlen im Bericht festhalten. Im Umweltbericht der Stadt Zürich findet man Angaben aus diesem Bereich. Jener Bericht hat aber einen anderen Publikationsrhythmus als der ordentliche Geschäftsbericht. Die Zahlen sind deshalb nicht immer vergleichbar. Ich halte es für bedauerlich, dass der Bericht von der SVP abgelehnt wird. Auch die SVP brachte viele Fragen ein. Wir konnten alles klären, überwiegend zur Zufriedenheit. Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) sprach in seinem Votum von der 2000-Watt-Gesellschaft und dass die ganze Klimadebatte eher eine Hysterie darstellt. Die 2000-Watt-Gesellschaft basiert jedoch auf einem klaren Volksentscheid, wie er selber auch sagte. Das Volk ist aus meiner Sicht nicht in der Hand von Klimahysterikern. Die Klimadebatte ist extrem wichtig. Wir brauchen dringend zielführende Massnahmen. Man müsste im Geschäftsbericht eine überdepartementale Sicht dazu abbilden. Gerade in wichtigen Fragen wie Klimaschutzmassnahmen wäre es wünschenswert, wenn man ein übergeordnetes Organ hätte, das die Standpunkte aus den verschiedenen Departementen sammelt und über entsprechende Aktivitäten berichten könnte.

Monika Bättschmann (Grüne): Es ist ein grosser Aufwand, einen derart umfangreichen Jahresbericht zu verfassen. Ich bedanke mich bei den zuständigen Personen. Für die Besprechungen der Antworten wurde viel Zeit aufgewendet. Auch der Bericht des Hochbaudepartements löste bei der GPK einige Fragen aus. Fragen kamen zum Beispiel zum niedrigen Frauenanteil in Führungsfunktionen und bei den Lernenden, zur Auswahl und Zusammensetzung von Jurymitgliedern bei Planer- und Architekturwettbewerben oder zum wichtigen Einbezug von Grün Stadt Zürich bei Projekten. Aus unserer Sicht ist der Einbezug von Grün Stadt Zürich zu einem frühen Zeitpunkt auch unter dem Aspekt Klima ein absolutes Muss. Weiter kamen Fragen zum Einbezug von zukünftigen Nutzenden von Neu- und Umbauten. Einige Fragen wurden für die GPK-Mitglieder zufriedenstellend beantwortet. Andere Antworten konnten noch nicht als befriedigend eingestuft werden. Der Umgang mit Fehlern, die überall und allen passieren können, wurde für uns nicht ersichtlich. Die GPK ist der Ansicht, dass das Auswahlverfahren von Jurymitgliedern bei Planer- und Architekturwettbewerben neu überdacht werden muss. Als Vertretung der Quartierbevölkerung werden zum Beispiel Quartiervereinspräsidenten einbezogen. Die breite Bevölkerung scheint wenig zu sagen zu haben. Auch die Auswahl von Fachexperten und -expertinnen wurde nicht transparent aufgezeigt. Ein ungutes Gefühl hinterlässt, wie Untersuchungen und Abklärungen vor Sanierungsvorhaben gemacht werden, damit keine bösen finanziellen Überraschungen bei der Ausführung der Sanierungen auftreten, so wie das bei bekannten Beispielen passiert ist. Nach unserer Einschätzung scheint der Einbezug von künftigen Nutzenden von Bauten nur ansatzweise gewährleistet zu sein. In diesem Zusammenhang scheint die Macht und Einflussnahme von Architekten und Architektinnen so gross zu sein, dass es die Stadt zulässt, dass zu oft zu Ungunsten von künftigen Nutzenden eines Gebäudes entschieden wird.

Roger Bartholdi (SVP): Zuerst möchte ich einen Dank aussprechen. Es wird grosse Arbeit geleistet im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht. Bei diesem Geschäftsbericht blicken wir auf 2018 zurück. Es gibt einige Punkte dazu zu sagen, was in Zürich nicht gut läuft. Teilweise wird es im Geschäftsbericht ansatzweise angesprochen. Ich habe drei Beispiele herausgepickt. Erstens: Die Schulhausplanung war in den letzten Jahren ungenügend. Das Parlament überwies dazu immer wieder Vorstösse. Man sieht, dass in der Schulhausplanung alles andere als gut gearbeitet wurde. Man hat zu wenig investiert. Das wird sich nun ändern. Der Fehler liegt hier sicher auch in der Vergangenheit. Zweitens: Das Thema Sicherheit. Hier beziehe ich mich vor allem auf den Verkehr. Wir stellen wiederholt fest, dass beim ruhenden Verkehr sehr oft Kontrollen stattfinden. Das ist grundsätzlich richtig. Doch das Ausmass steht in keinem Vergleich zu den Kontrollen der Verkehrssicherheit, wo es um die Missachtung von Rotlichtern geht, um Velofahren in der Fussgängerzone und so weiter. Dort ist die Sicherheit von Personen direkt betroffen. Es wird aber deutlich weniger kontrolliert. Es werden wenig Bussen ausgesprochen. Wenn man sieht, wie viele Bussen an einem einzigen Tag beim ruhenden Verkehr ausgesprochen werden, ist der Schwerpunkt am falschen Ort gesetzt. Die Sicherheit von Personen müsste im Vordergrund stehen. Drittens: 2018 gab es im Januar einen Vorstoss zum Thema Mischverkehr, der klar überwiesen wurde. Dieses Problem müsste nun gelöst werden. Insgesamt habe ich in dieser Debatte festgestellt, dass diverse Ideen zu einer Redezeitbeschränkung im Raum standen. Die Redezeiten werden sicherlich ausgeschöpft. Es besteht kein Bedarf, daran etwas zu ändern. Im Gegenteil: Die Zeiten sind eher zu knapp für gewisse Redner. Aus unserer Sicht war die Politik der Stadt 2018 nicht gut. Im Bericht fehlen einige Punkte. Aus den genannten Gründen lehnen wir den Bericht ab.

Samuel Balsiger (SVP): 2018 wurde uns im Rat auf dramatische Weise eine Welt präsentiert, die durchtränkt ist mit diskriminierten Menschen und verfolgten Personen. Das müsste nun auch im Bericht erscheinen. Wenn man dauernd davon spricht, dass man die 2000-Watt-Gesellschaft umsetzt, müssten im Geschäftsbericht konkrete Massnahmen erscheinen, die man 2018 umgesetzt hat. Das einzige, was geleistet wurde bezüglich der 2000-Watt-Gesellschaft, ist, dass ein neues Informationssystem eingeführt wurde. Man lässt Hunderttausende von Leuten in das Land. Das einzige, was die Stadt erreicht, ist die Einführung dieses Softwaresystems. Es wird gesagt, dass Frauen Opfer seien und jede Frau diskriminiert werde. Wenn das stimmt, dass derart eklatante Missstände vorkommen, müsste das im Bericht abgebildet sein. Man müsste Fortschritte sehen. Im Geschäftsbericht steht aber nicht konkret, was in der Frage der Gleichstellung zwischen Frau und Mann anders geworden wäre. Wir haben ein linkes Parlament, eine linke Stadt, eine linke Verwaltung. Im Geschäftsbericht ist aber nichts davon zu lesen. Der Geschäftsbericht wurde im Übrigen vor der Klimahysterie geschrieben. Im Bericht kommt nichts von der Klimaerwärmung vor. Das Wort wird genau einmal erwähnt, und zwar in einem anderen Bezug. «Klimawandel» oder ähnliche Begriffe, die auf die Hysterie hinweisen würden, kommen überhaupt nicht vor. 2019 wird das sicherlich anders aussehen. Auch anhand dieser Beobachtung kann man sehen, dass im Bericht nicht die Realität abgebildet wird. Man lebt in einer Filterblase, in der behauptet wird, man laufe auf eine 2000-Watt-Gesellschaft zu und Frauen seien Opfer. In Realität

ist es aber so, dass Frauen heute absolut selbstständig und selbstbewusst sind und nichts mit dem Weltbild einer armen, unterdrückten Frau zu tun haben. In der Filterblase kommt auch dies vor, dass wir kurz vor dem Weltuntergang stehen. Im Geschäftsbericht, in dem man konkrete Massnahmen abbilden könnte, die man in der Realität umsetzen kann, weist aber nichts darauf hin, was täglich von gewissen Parteien in den Medien propagiert wird. Das zeigt, dass diese Politik nichts mit der Realität zu tun hat.

Stefan Urech (SVP): *Als Vertreter aus der Schuldepartementskommission werde ich den entsprechenden Teil im Bericht kommentieren. Der Bericht ist aus meiner Sicht schönfärberisch geschrieben. Die Leere des Berichts widerspiegelt sich auch im Teil des Berichts zum Schuldepartement. Es handelt sich nicht um einen interessanten und aufschlussreichen Bericht. Es müsste zumindest etwas erwähnt werden, das nicht gut lief. Ebenso gibt es im Geschäftsbericht sehr viele Wortwiederholungen. Allein im Kapitel des Schulamts kommt das Wort «erfreulich» 11 Mal vor. Alles scheint erfreulich, wunderbar, wunderschön zu sein. In den Stadtzürcher Schulen werden täglich Dutzende von Schülern gezwungen, Lernjournale zu schreiben. Sie müssen schreiben, was sie gelernt haben, was sie morgen besser machen werden. Das Schulamt lebt hier mit diesem Bericht aber kein gutes Beispiel vor. Im Bericht findet keine Reflexion statt. Das ist nicht die Realität. Urs Helfenstein (SP) und ich diskutierten kürzlich über den «Gymnawahn» und wie man ihm am besten begegnet. Eltern geben sehr viel Geld aus, damit ihr Kind nicht mehr in die Volksschule gehen muss. In den Medien war von einer Flucht in die Privatschulen die Rede. Es war von Eltern die Rede, die das Vertrauen in die Volksschule immer mehr verlieren. Solche Themen sollten im Bericht kommentiert werden, sonst ist er nicht glaubwürdig. Man hätte den Teil des Schuldepartements auf einer Seite zusammenfassen können.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Ich danke für den Bericht und die Ausführungen zur Smart City. Es ist sehr wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie eine Smart City aussieht. Wir sollten aber auch daran denken, dass nicht alle Menschen mit dem Computer zurechtkommen und die Möglichkeiten haben, davon Gebrauch zu nehmen. Es gibt auch Menschen, die sehr viel lieber an einer Kasse bedient werden oder an einem Schalter stehen, statt einsam und isoliert vor dem Computer zu sitzen. Es gibt aber auch folgenden Fall: Das System funktioniert nicht, bricht zusammen, hat Fehler. «Mein Konto» funktionierte oft nicht, weil es gerade überlastet war oder ein Fehler vorlag. Man muss sich auch fragen, was bei einem Hack passieren würde. Man muss sich überlegen, was bei einem Totalabsturz passiert, wenn wir nichts mehr gesichert haben oder nicht umgehen können mit der Situation. Wir befinden uns in der herausfordernden Zeit, einerseits Smart City einführen zu müssen, und gleichzeitig zu überlegen, was alles auch analog noch abgelegt sein muss. Darauf weisen auch Sicherheitsbeauftragte hin. Für uns heisst das, Smart City mit viel Augenmass, kritischem Hinterfragen zu betrachten und daran zu denken, dass der analoge Mensch weiterhin existieren wird.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Debatte war diesmal etwas länger als das letzte Mal. Das hat mich gefreut. Es zeigt, dass man sich intensiver mit dem Bericht und der*

Arbeit des Stadtrats befasst hat. Auch kritische Töne waren enthalten wie etwa das Votum von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), in dem eine gewisse Online-Skepsis zum Zug kam. So etwas darf hier Raum haben. Es ist auch eine Frage der Herangehensweise: Wenn man den Bericht wort-textanalytisch angeht, kommt man zu einem anderen Ergebnis, als wenn man hinter den Bericht schaut und sich fragt, was im Bericht enthalten ist und was nicht. Simon Kälin-Werth (Grüne) hat meine eher moderaten Worte weitergedacht und mein Votum verschärft.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Christine Seidler (SP), Referentin; Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (FDP), Martina Zürcher (FDP)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2018 (Beilage, Version vom 21. März 2019) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. Juli 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat